

Elbkurier

Das offizielle Informationsblatt **CDU** Kreisverband Magdeburg

Seite 2

Nicht reden, handeln!
- Bernd Heynemann -

Seite 3

StM Robra: "Dem Land
eine Zukunft geben..."

Seite 4

CDU steht
für neuen Aufbruch

Seite 6

Politische
Nachtschicht

Seite 8

Offensive 2002
Stoiber-Späth-Plan

Seite 13

Müllverbrennungs-
anlage in Rothensee

Unions-Kanzler-Kandidat Stoiber:

"Ich will Deutschland wieder an die Spitze führen!"

Bei der großen Kundgebung am 29. Juli in Magdeburg machte der Kanzler-Kandidat der CDU/CSU für die Bundestagswahl am 22. September Edmund Stoiber deutlich, dass er das Erfolgsmodell Bayern auch auf den Osten Deutschlands übertragen will. In einer kämpferischen Rede vor etwa 2000 Zuhörern ließ er keinen Zweifel daran, dass der Aufbau Ost unter einem

Kanzler Stoiber endlich wieder ernst genommen werde. Mit der langen Erfahrung von "Cleverle" Lothar Späth habe er den richtigen Mann für den Posten eines Ministers für Wirtschaft und Arbeit in Berlin. Späth habe Baden-Württem-

berg zwölf Jahre lang erfolgreich regiert und nach der Wende bei Jenoptik in Thüringen hervorragende Aufbauarbeit geleistet. Mit

im Osten stehe die Arbeitslosigkeit auf Rekordhöhe - trotz "Chefsache Schröder", sagte der bayerische Ministerpräsident, unter großem

Beifall der Unions-Anhänger. Lothar Späth machte in seinem Redebeitrag deutlich, dass die Verwerfungen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt nur durch einen neuen Aufbruch überwunden werden

Lothar Späth werde der Aufbau Ost wieder zur wichtigsten innenpolitischen Aufgabe der Bundesregierung.

Die vier Jahre Kanzler Schröder bezeichnete Stoiber als vier verlorene Jahre für Deutschland. Gerade

den könnten. Es gelte daher, insbesondere die Zahl der Selbstständigen spürbar zu erhöhen. Deshalb stellte er Jungunternehmern eine 2-jährige Steuerbefreiung in Aussicht. (weitere Infos im Stoiber-Späth-Plan auf Seite 8)



Edmund Stoiber und Lothar Späth riefen am 29. Juli, auf dem Alten Markt, die Sachsen-Anhalter zur Wahl auf.

Diese WM direkt gewinnen!

Die Steilvorlage ist gegeben, das Spiel läuft gut

Der 21. April dieses Jahres hat mit dem Wahlerfolg der CDU gezeigt, dass nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern in ganz Deutschland die Wende eingeleitet ist. Die Bürger wollen den Wechsel und die Umfrageergebnisse festigen den Aufwärtstrend. Das Ziel von 40 % plus X im Wahlprogramm von CDU/CSU kann auf jeden Fall erreicht werden. Es sind nur noch wenige Wochen bis zum Wahltag am 22. September und die Richtung stimmt.

Das Spiel läuft gut, weil besonders hier im Land die Bürger den frischen Regierungswind spüren. Das Angehen großer Aufgaben, das Zupacken wie beim Bau der A 14,



CDU-Bundestagskandidat Bernd Heynemann:

Diese Wahl in Magdeburg am 22.09.2002 für die CDU entscheiden!

Rücknahme des 13. Schuljahres, Förderinitiativen für den Mittelstand, das beeindruckt nicht nur hier, sondern auch in anderen Bundesländern. Für den CDU-Kreisverband Magdeburg brachte das Wahlergebnis für den Landtag fünf direkt gewählte Abgeordnete. Dieses große Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger wollen wir rechtfertigen. Wir sehen dies als Ansporn und Steilvorlage für die jetzige Bundestagswahl. Mit dem Magdeburger Bernd Heynemann will die CDU Magdeburg künftig wieder direkt einen Abgeordneten in den Deutschen Bundestag entsenden.

Angela Merkel

Großkundgebung:
Magdeburg, Ulrichplatz
20.08.2002, 17.00 Uhr

Wolfgang Bosbach

Innenexperte der Unions-
fraktion im Bundestag
in Magdeburg,
TREFF Hansa Hotel
30.08.2002, 19.00 Uhr

Infostände**Ostelbien****Cracau-Center:**

11.09. und 18.09.2002

16.00 - 18.00 Uhr

Aldi - Friedrich-Ebert-Str.:

13.09. und 20.09.2002

15.00 - 17.00 Uhr

Lidl - Berliner Chaussee:

14.09.2002

10.00 - 12.00 Uhr

Mitte**Gr. Diesd. Ecke Steinigstr.:**

07.09., 14.09., 21.09.2002

10.00 - 12.00 Uhr

Diesdorf / Lindenweiler**NP - Diesdorf:**

31.08.2002

09.00 - 10.00 Uhr

Spar:

31.08.2002

10.00 - 11.00 Uhr

Extra - Markt, Diesdorfer Str.

höhe Eisner Str.:

05.09.2002

16.00 -17.00 Uhr

Buckau / Fermersleben /**Westerhüsen****Semmelweißpassage:**

23.08.2002

15.30 Uhr

Lidl Markt**gegenüber Fahlberg List:**

30.08.2002

15.30 Uhr

Norma Markt - Alt Salbke:

06.09.2002

15.30 Uhr

SPAR Friedrich List Str.:

14.09.2002

10.00 - 12.00 Uhr

Thiemplatz:

21.09.2002

10.00 - 12.00 Uhr

Erfahrungen in einer guten Mannschaft gesammelt

Bereits 1999 wurde Bernd Heynemann mit einem Top-Ergebnis für die CDU als Stadtrat in das Magdeburger Rathaus gewählt. Aus dieser Kommunalwahl ging die CDU in Magdeburg als

stärkste Fraktion hervor.

Bernd Heynemann zu seiner damaligen und heutigen Motivation zum politischen Engagement: "Viele Leute fragten mich schon damals, weshalb ich mich dieser Wahl stellte. Die Antwort ist ganz einfach die: Nicht reden, handeln! Dies kann man nur, wenn man sich einbringt und sich aktiv einsetzt, dass etwas besser wird. Viele Menschen haben mich auf meinen Reisen angesprochen, warum es in Sachsen-Anhalt und speziell in Magdeburg so schlimm ist. Ich erinnere mich an die Kravalle zum Himmelfahrtstag, an die Auseinandersetzungen zwischen den Punks, an politische Besonderheiten wie das Magdeburger Modell u.a.

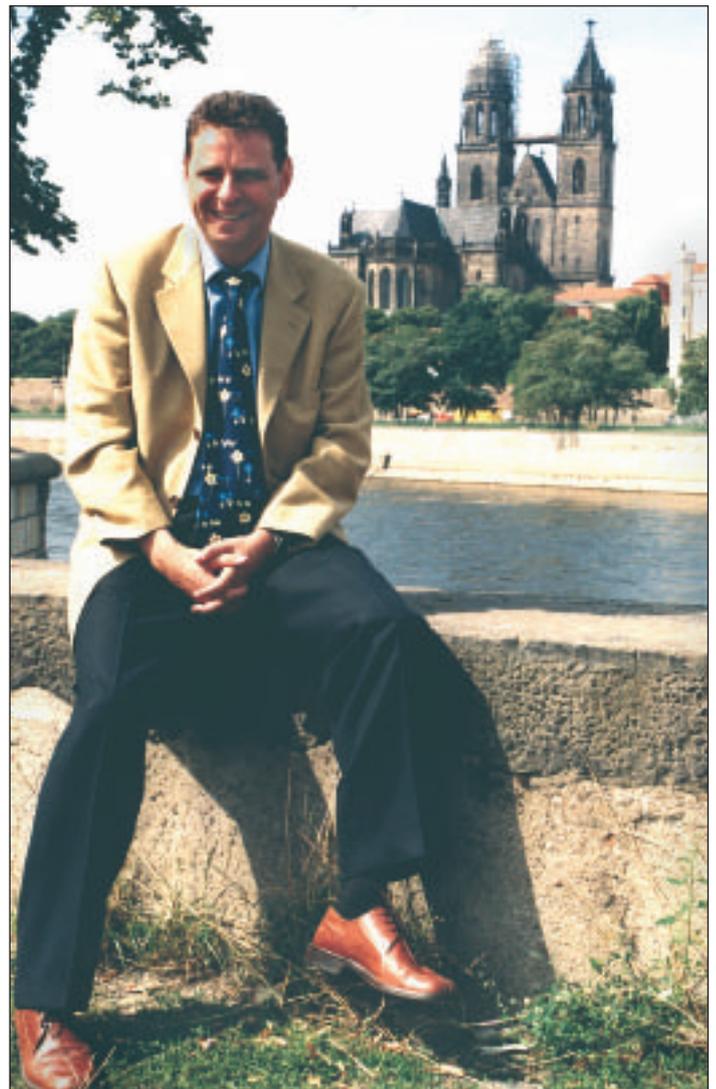
Dies ließ den Entschluss in mir reifen, auf kommunalpolitischer Ebene mir Grundkenntnisse anzueignen, um diese dann im politischen System weiter auszubauen. In unserer Fraktion erfuhr ich dafür die notwendige Unterstützung und auch den Zuspruch, in diesem Jahr für den Bundestag zu kandidieren. Mit großer Mehrheit bestätigte die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes diese Kandidatur und die Delegierten des Landesparteitages setzten mich in Löbejüh im November 2001 auf Platz 5 der Landesliste. Dies ist ein eindeutiger Vertrauensbeweis und Ansporn für mich, neuen Schwung und neue Erfolge zu organisieren."

Gute Transferpolitik sichert den Erfolg

Vor 4 Jahren war Magdeburg bundestagswahlkampfartig noch eine geteilte Stadt. Bei dieser Wahl 2002 umfasst der Wahlkreis 69 die gesamte Stadt, und nur diese! Dies ist für mich von großem Vorteil. Denn wenn jemand diese Stadt von Anfang an aus dem Effeff und dazu noch im Rathaus auch das "Innenleben" der Kommune kennt, dann ist es ganz etwas anderes, dem Bürger Rede und Antwort zu stehen. Nur wer innere Zusammenhänge kennt, kann bewusst etwas verändern. "Von hier - für uns" - dies ist auch ein Eckpunkt für meinen Wahlkampf. Sich einzusetzen und einzubringen für diese Region, die Landeshauptstadt, meine Heimatstadt Magdeburg, das wird meine Zielstellung im Bundestag sein. Konkrete Ansatzpunkte, diese Stadt zu vertreten, sehe ich in Hinblick auf Nutzen von Kontakten, um industrielle Ansiedlungen zu ermöglichen, um die verkehrstechnische An- und Einbindung für eine Landeshauptstadt zu sichern und u. a. darin, den Jugendlichen mit vielfältigen Aktivitäten hier eine Zukunft zu bieten.

Ohne Jugend keine Zukunft, dies sollten alle Verantwortungsträger bei ihrem Handeln bedenken.

Bernd Heynemann



Staatsminister Robra im Interview: "Mit Ausbildungs- und Ansiedlungsoffensiven dem Land wieder eine Zukunft geben!"

Herr Staatsminister, herzlichen Glückwunsch zu Ihrem neuen Amt als Chef der Staatskanzlei! Die Regierung hat gewechselt, die großen Probleme des Landes sind geblieben. Wie will die neue Landesregierung Sachsen-Anhalt wieder auf Kurs bringen?

StM Robra: In der Tat haben wir eine große Verantwortung und eine schwierige Aufgabe übernommen. Die Probleme - insbesondere was die Haushaltssituation des Landes angeht - sind gewaltig. Und dennoch stecken wir nicht den Kopf in den Sand, sondern gehen die Probleme tatkräftig und mit großer Zuversicht an. Sachsen-Anhalt steht nach dem Wahlerfolg von CDU und FDP vor einem grundlegenden politischen Neuanfang. Die Koalition aus CDU und FDP will die Weichen dafür stellen, dass Sachsen-Anhalt wieder als Wirtschaftsstandort im Wettbewerb der Regionen erstarkt, als politisch gestaltende Kraft im deutschen Föderalismus eine gewichtige Rolle spielt und als traditionsreiches Zentrum von Bildung, Wissenschaft und Kultur überregional Aufmerksamkeit erregt und geachtet wird.

Die ersten wichtigen Schritte in diese Richtung sind bereits eingeleitet. So haben wir in der letzten Landtagssitzung den Nachtragshaushalt verabschiedet. Damit ist eine saubere Abschlussbilanz gezogen worden, auf der sich solide aufbauen lässt. Ferner haben wir das Erste Investitionserleichterungsgesetz auf den Weg gebracht. Dieses dient - wie der Name schon sagt - der Erleichterung von Investitionen und der Entbürokratisierung von Verwaltungsverfahren. Weiterhin streben wir mit der von Ministerpräsident Prof. Dr. Böhmer ins Leben gerufenen "Initiative Mitteldeutschland", an der sich die Länder Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt beteiligen, eine Wiederbelebung des Wirtschaftsraumes Mitteldeutschland an. Die Auftaktveranstaltung hierzu findet am 29. August 2002 im Kultur- und Kongresszentrum in Halle statt.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist wieder enorm angestiegen. Die jungen Leute verlassen in Scharen das Land. Was wollen Sie tun, um der

Jugend im Lande wieder eine Chance zu geben?

StM Robra: Der Jugend gilt unser besonderes Augenmerk. Sie ist die Zukunft unseres Landes. Ziel unserer Arbeitsmarktpolitik ist es daher, für Betriebe und Unternehmen Anreize zu schaffen, Jugendliche auszubilden und nach erfolgreicher Berufsausbildung zu beschäftigen bzw. weiter zu beschäftigen. Das Wirtschaftsministerium hat aus diesem Grunde eine Ausbildungsplatzoffensive gestartet, die darauf abzielt, bei den Unternehmen Ausbildungsplätze einzuwerben. Dennoch wird es auch in diesem Jahr notwendig sein, dass Bund und Ländern ergänzende Ausbildungsstellen zur Verfügung stellen. Das "Ausbildungsplatzprogramm Ost" wurde am 26. Juli 2002 von Bund und Ländern unterzeichnet. Auf Sachsen-Anhalt entfallen danach Mittel für ca. 2.360 Ausbildungsplätze. Mit einem Landesergänzungsprogramm sorgt die Landesregierung dafür, dass darüber hinaus weitere 500 außerbetriebliche Ausbildungsstellen zur Verfügung stehen. Ferner hat die Landesregierung zusätzlich zu den 676 regulär vergebenen Ausbildungsplätzen innerhalb der Landesverwaltung weitere 188 Ausbildungsplätze geschaffen, so dass in diesem Jahr insgesamt 864 Ausbildungsplätze durch die Landesverwaltung bereit gestellt werden.

Die Kassen sind leer. Wie will die Landesregierung trotzdem verstärkt Investitionen ins Land holen? Auf welche "Grausamkeiten" müssen sich die Bürger einstellen?

StM Robra: Die Landesregierung hat eine Ansiedlungsoffensive gestartet. Deren Ziel ist es, Sachsen-Anhalt zum "Musterland" für Unternehmen zu machen. Dafür hat Wirtschaftsminister Dr. Rehberger den in der Wirtschaft erfahrenen Rudolf Bohn ins Land zurück geholt. Er wird als Generalbevollmächtigter für Investitionen Hauptansprechpartner für alle Unternehmen sein, die in Sachsen-Anhalt investieren wollen. Damit einher geht eine noch stärkere Servicefunktion der Verwaltung und der Abbau von bürokratischen Hürden.

Derzeit sind wir bereits mit einigen Investoren im Gespräch. Ich bin zuver-

sichtlich, dass sich hieraus die eine oder andere positive Entscheidung für den Standort Sachsen-Anhalt ergibt. Was wir langfristig brauchen, ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die dramatische Haushaltslage zwingt uns, alle öffentlichen Aufgaben auf den Prüfstand zu stellen. Nur so werden wir die Freiräume für zukunftssichernde



Staatsminister Robra: "Ein Kanzler Stoiber würde in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik für positive Signale sorgen!"

Ausgaben schaffen. Ganz aus eigener Kraft wird uns dies nicht gelingen. Ministerpräsident Prof. Dr. Böhmer hat daher die Bundesregierung aufgefordert, ein Investitionsprogramm zur Stärkung des Arbeitsmarktes für Ostdeutschland aufzulegen.

Sind Sie mit dem Start der Regierung Böhmer zufrieden? Was lief gut, was weniger gut?

StM Robra: Ich bin sehr zufrieden mit dem Start der neuen Landesregierung. Nachdem die Koalitionsverhandlungen innerhalb kürzester Zeit abgeschlossen waren, konnten wir uns zügig an die Arbeit begeben und mit Unterstützung der Koalitionsfraktionen sogar schon erste Gesetze auf den Weg bringen.

Für eine Bilanz der Regierungsarbeit ist es aber noch zu früh. Es ist guter Brauch, dass neuen Landesregierungen zunächst eine "Schonfrist" von 100 Tagen eingeräumt wird. Wir haben uns zwar nicht geschont. Doch eine erste Bilanz wird Ministerpräsident Prof. Dr. Böhmer zusammen mit dem Kabinett am 22. August 2002 ziehen.

Frau Pieper hat Ministerpräsident Böhmer zunächst den Posten streitig gemacht. Wie klappt nun

die Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner FDP?

StM Robra: Die Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner FDP klappt im Kabinett wie im Landtag erwartungsgemäß gut. Mitunter auftretende Meinungsverschiedenheiten werden - wie verabredet - entsprechend dem Koalitionsvertrag gelöst, und zwar völlig reibungslos.

Die PISA-Studie hat Sachsen-Anhalt ein miserables Zeugnis ausgestellt. Was will die Landesregierung hier besser machen?

StM Robra: Die Ergebnisse der PISA-Studie müssen sorgfältig analysiert werden. Schlussfolgerungen, die wir bereits heute für die künftige Bildungspolitik des Landes ziehen können, sind folgende: 1. Die Schule muss wieder stärker auf ihre explizite Lernfunktion zurückgeführt werden. Das betrifft insbesondere die Grundschule. 2. Wir brauchen eine klare Definition dessen, was Allgemeinwissen und entsprechende Schlüsselkompetenzen eigentlich sind. 3. Wir müssen das Lernen wieder stärker mit dem Leistungsgedanken verknüpfen. Die soziale Funktion von Schule darf nicht dazu führen, dass sie auf ihre Funktion Lernen verzichtet und Leistungsmaßstäbe vernachlässigt.

Der Bundestagswahlkampf läuft auf Hochtouren. Welche Impulse erwarten Sie von einem Kanzler Stoiber für die neuen Länder?

StM Robra: Ich gehe davon aus, dass ein Bundeskanzler Stoiber insbesondere im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik für positive Signale sorgen wird. Der wirtschaftliche Aufschwung muss gerade im Hinblick auf die Situation in Ostdeutschland das vordringliche und allem übergeordnete Ziel sein. Aus meiner Sicht dürfte die Stimme Ostdeutschlands im Falle eines Wahlsieges von CDU/CSU künftig mehr Gehör finden, als dies bislang der Fall ist. Den Ländern Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt dürfte ein nicht zu unterschätzendes Gewicht auch auf Bundesebene zukommen. Dies kann für die wirksame Vertretung ostdeutscher Interessen nur von Vorteil sein.

Fraktionschef Jürgen Scharf: "Die CDU Sachsen-Anhalt steht für einen neuen Aufbruch und einen klaren politischen Kurs"

Am 16. Mai haben wir im Magdeburger Landtag Wolfgang Böhmer zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Gut einen Monat später konnte die CDU-Fraktion ihre ersten Initiativen in das Gesetzgebungsverfahren einbringen und am 18. und 19. Juli erste Gesetze verabschieden. Wolfgang Böhmer und die CDU-Landtagsfraktion stehen für den Aufbruch im Land. Gemeinsam sind wir am 21. April von den Wählerinnen und Wählern für eine zukunftsfähige Politik in die Pflicht genommen worden und gemeinsam verfolgen wir ein Ziel: Die Rote Laterne muss weg! Wir greifen unser Wahlversprechen auf und nehmen es sehr ernst. Bis zur Bundestagswahl werden wir in der Bevölkerung deutlich machen, wohn die "neuen Wege" führen, von denen der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung gesprochen hat.

Die CDU-Landtagsfraktion hat eine neue Rolle eingenommen: Jetzt gilt es, die Koalitionsvereinbarung zügig umzusetzen anstatt wie bisher aus der Opposition heraus Alternativen aufzuzeigen. Wir haben jedoch ein schweres Erbe zu tragen, das uns die Regierung Höppner hinterlassen hat. Eine Haushaltslücke von ca. 945 Mio. Euro, Reformstau und falsche politische Akzentsetzungen lassen Sachsen-Anhalt im Ländervergleich schlecht dastehen. Um so wichtiger ist es, bereits vor der Sommerpause erste Signale zu setzen, damit die Aufbruchstimmung im Land greifbar wird. Dieses Ziel haben wir erreicht!

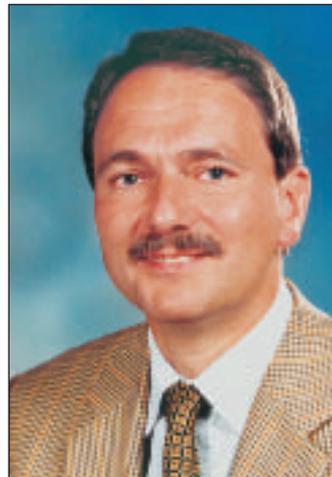
Mit dem **Investitionserleichterungsgesetz** werden Genehmigungsverfahren erleichtert und Investoren von übermäßiger Bürokratie entlastet. Diesem Interesse liefen viele Gesetze der Regierung Höppner zuwider. Beispielhaft ist dafür das Vergabegesetz, das wir am 18. Juli mit der Mehrheit von CDU und FDP wieder abgeschafft haben. Damit wird vor allem die Position kleiner Baubetriebe bei öffentlichen Ausschreibungen gestärkt. Im Herbst soll ein weiterer Schritt folgen, um die unternehmerische Handlungsfreiheit zu stärken.

Die "**Grundschule mit festen Öffnungszeiten**" ist ein starres, bevorzundendes Konzept unserer Vorgänger. Wir wollen, dass Eltern und Familien selbst entscheiden, ob die Kinder über den eigentlichen Unterricht hinaus in den Schulen bleiben oder nicht. Daher haben wir das Konzept der "verlässlichen Öffnungszeiten" entwickelt. Es kombiniert die Option für eine Präsenz der Kinder von in der Regel 5 ½ Zeitstunden pro Schultag und eine Entscheidungsfreiheit für die Eltern. Die Veränderungen zu Beginn des neuen Schuljahres hat der Kultusminister folgendermaßen charakterisiert: "Die frei verfügbare Zeit neben dem eigentlichen Unterricht wird nicht mehr durch staatliche Vorgabe, sondern durch ein freiwilliges Angebot gefüllt."

In Sachen **Kommunalreform** setzen wir nicht auf Zwangsanschlüsse sondern auf Vernunftfehen. Wo in den 90er Jahren bereits kommunale Vernunftfehen eingegangen wurden, sollen diese weitergeführt werden. Die Vorschaltgesetze für die geplante Kommunal- und Verwaltungsreform unserer Vorgänger werden jedoch aufgehoben, um den Kommunen ein Stück Selbstbestimmung zurückzugeben. Dr. Püchel muss unseren unterschiedenen Widerspruch ernten, wenn er, wie zuletzt immer wieder geschehen, die Leistungsfähigkeit allein an der Größe der Kommunen fest macht. Was dringend Sachsen-Anhalt braucht, sind eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen und effizientere Verwaltungsstrukturen. Für eine umfassende Verwaltungs- und Funktionalreform haben wir uns daher im Koalitionsvertrag ehrgeizige Ziele gesetzt.

Der unverzichtbare **Nachtragshaushalt** ist die politische Abschlussbilanz einer SPD-Regierung - toleriert durch die PDS - die ohne einen Blick auf die Kassenlage teure Wahlschenke verteilt hat. Es ist eine Bilanz mit roten Zahlen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der schlecht verhandelte Arbeitsplatzsicherungstarifvertrag bis 2003 für Lehrer, ausgehandelt durch die Regierung

Höppner, belastet auch die Arbeit der neuen Regierung. Wir müssen unseren Verpflichtungen gegenüber Leistungs- bzw. Zuwendungsempfängern gerecht werden. Unsere besondere Sorge gilt dabei den kleinen und mittelständischen Unternehmen, die unter der ohnehin extrem niedrigen Investitionsquote in Sachsen-Anhalt leiden. Um Arbeitsplätze zu sichern, notwendige Infrastrukturprojekte zu realisieren und zu einer ehrlichen Haushaltsführung zurückzu-



kehren, haben wir die Neuverschuldung in diesem Jahr einmalig über die verfassungsmäßige Höchstgrenze hinaus angehoben. "Beim Nachtragshaushalt ist die Wahrheit in Zahlen gegossen", so habe ich es in der Debatte am 18. Juli 2002 im Landtag formuliert. In den kommenden Haushaltsjahren werden wir um so größere Anstrengungen unternehmen, um die Schuldenlast des Landes dauerhaft zu senken. Einschnitte in Leistungsgesetzen und eine veränderte Förderpolitik sind mit dieser Aufgabe untrennbar verbunden.

Am 19. Juli hat der Landtag auf Antrag der CDU-Fraktion im Landtag über die Ergebnisse der PISA-Ergänzungsstudie (PISA-E) diskutiert. SPD und PDS argumentieren, die getesteten Schülerinnen und Schüler hätten das Bildungssystem der ersten CDU-FDP-Regierung (1990-1994) durchlaufen. Dies ist der untaugliche Versuch, von den eigenen Versäumnissen abzulenken. Die Tests wurden im Jahr 2000 durchgeführt. Somit haben die Teilnehmer im Alter von 15 Jahren die Sekundarschule komplett in

der Zeit der Höppner-Regierung durchlaufen. Im Übrigen brauchen sich die neuen Länder im Bundesvergleich aber nicht zu verstecken: Sachsen und Thüringen zeigen, wie man es besser machen kann.

Die Debatte im Landtag hat deutlich gemacht, dass sich in ganz Deutschland etwas tun muss, damit unsere Bildungsstandards Weltspitze werden. Sowohl das Fordern als auch das Fördern müssen in den nächsten Jahren eine neue Qualität erreichen.

Liebe Mitglieder und Freunde der CDU, die Bürgerinnen und Bürger haben uns den Auftrag erteilt, in den kommenden vier Jahren im Landtag den politischen Kurs vorzugeben. Anders als unser Koalitionspartner FDP haben wir den Anspruch, alle Bürgerinnen und Bürger für unsere Politik zu gewinnen und alle Politikbereiche mit unseren Inhalten zu besetzen. Als Partei stehen wir dabei vor der Aufgabe, unsere Ziele und Visionen gegenüber allen Beteiligten zu vermitteln und dabei mit den Menschen im Land über die besten Ideen und Konzepte im Dialog zu bleiben. In diesem Zusammenhang sollten wir nicht vergessen, dass der Ausgang der Bundestagswahlen am 22. September auch für die Landespolitik von entscheidender Bedeutung ist. Im Falle eines Wahlsieges der Union dürfen wir für Sachsen-Anhalt eine erhebliche Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen erwarten.

Begreifen wir also den Bundestagswahlkampf als Chance, den im April errungenen Erfolg durch ein engagiertes und couragiertes Auftreten zu untermauern. Mit Bernd Heynemann haben wir einen Kandidaten, der das traditionell rote Magdeburg für die politischen Ziele der Union gewinnen kann. Auch im Namen meiner Magdeburger Abgeordneten-Kollegen darf ich Sie herzlich bitten, Herrn Heynemann nach Kräften zu unterstützen, damit das Stoiber'sche Zitat "Schluss mit Schlusslicht" für Sachsen-Anhalt möglichst bald Realität wird und uns aus Berlin im Herbst ein freundlicherer Wind weht.

Jürgen Scharf, CDU-Kreisvorsitzender

Routine und Anerkennung sind die Grundlagen für den Sieg

Für mich ein ganz großer Tag, als ich am 7. September 2001 im Schloss Bellevue (Berlin) aus den Händen des Bundespräsidenten das "Bundesverdienstkreuz am Bande" entgegennahm. Mit Stolz erfüllte mich, dass in der Laudatio nicht nur meine 30-jährige Schiedsrichterkarriere gewürdigt wurde, nein auch mein Wirken in anderen Ehrenämtern. Damit, so die Festschrift, habe ich mir Verdienste im Gemeinwesen erworben und bin damit ein Vorbild für die Jugend. Selbstverständlich schließe ich dort, auch wenn es nicht gesondert erwähnt wurde, meine Arbeit in der CDU ein, die ich nicht nur auf Kreisebene, sondern auch auf Bundesebene (Bundessportausschuss) erfülle. Diese Laudatio war für mich auch gleichzeitig ein Rückblick und der Abschluss eines sehr sportlichen Lebensabschnittes. Jetzt habe ich mir selbst eine neue Herausforderung mit der Kandidatur zum Bundestag gesetzt. Aus dieser Schiedsrichterzeit ist aber mein Wahlslogan auch für dieses neue Ziel sehr passend:

Für klare Entscheidungen!

Dafür stehe ich, dafür setze ich mich ein und ich sehe diesen Wahlkampf auch in sportlicher



Bernd Heynemann wurde im Schloß Bellevue von Bundespräsident Johannes Rau das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

Hinsicht: Ich trete an, um zu gewinnen. Das war immer so und wird auch so sein. Am 22. September ist die Saison zu Ende

und es wird für die CDU kein Leverkusen-Syndrom geben. Es ist Zeit für Taten!

Bernd Heynemann

Schloss Bellevue begeisterte



Mitglieder der Frauen-Union Magdeburg hatten die einmalige Gelegenheit, gemeinsam mit Frauen des Arbeitskreises "Europa der Bürger" der Europäischen Frauen-Union, Schloss Bellevue, Sitz des Bundespräsidenten, zu besichtigen.

PDS vor dem Abgang?

Sucht die PDS bereits die Nähe zum Gewerbe der Leichenbestatter oder ist das Bild nur ein Hinweis auf das hohe Durchschnittsalter ihrer Mitglieder und deshalb für die gemeinsame Werbung interessant? Wie auch immer - der Zenit der



PDS liegt wohl hinter ihr. Die Rolle Rückwärts mit neuen Sozialismusversuchen führte jedenfalls nicht in die Zukunft. Die geradezu panische Flucht Gregor Gysis aus der politischen Verantwortung hat das jüngst bestätigt. Manche Demoskopien sehen deshalb die PDS am 22. September unter der 5-Prozentlinie.

wik

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

CDU-Kreisvorstand Magdeburg
39104 Magdeburg
Hegelstraße 23

REDAKTION:

Wilfried Köhler

LAYOUT/SATZ:

Birgit Uebe, Medien- und Fotografiedesign

DRUCK:

Harzdruckerei Wernigerode

Busfahrt nach Düsseldorf

Am 1. September beginnt der bundesweite Auftakt für die heiße Wahlkampfphase. Aus diesem Anlass findet eine Fahrt nach Düsseldorf statt. Interessenten können sich im Info-Point in der Goldschmiedebrücke, gegenüber vom Allee-Center, anmelden.

Grundwerte & Grundwissen Ein wichtiger Zusammenhang für die Bildungsreform

Der EAK lädt am 14.09.02 um 10.00 Uhr im Kloster St. Marien zu Helfta (Eisleben) zu diesem Thema ein. Ab 14.00 Uhr findet die EAK-Landesvollversammlung statt.

Anmeldung erforderlich

Politische Nachtschicht und die Mühen des Alltags

Irgendwie ist alles anders an diesem Mittwochabend des 10. Juli. Zwar gab es etliche Warnungen bezüglich des zu erwartenden Unwetters, aber dennoch, die Ereignisse übertreffen alles, was sich jeder von uns gewöhnlicher Weise unter einem Chaos vorstellt. Einem Schicksal gleicht es, dass die CDU-Abgeordneten genau an diesem Abend ihre Nachtschicht hintenan setzen wollen, um zu erfahren, wo und unter welchen Bedingungen Menschen der Landeshauptstadt nachts arbeiten und was ihnen diese Arbeit bedeutet.

Kurz vor Mitternacht, Punkt 23 Uhr - Treffpunkt Damaschkeplatz - wir werden bereits von einem Mitarbeiter der Magdeburger Verkehrsbetriebe erwartet. Er bringt uns zunächst dorthin, wo Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe in dieser Nacht außerplanmäßig arbeiten müssen, um die durch den Sturm entstandenen Schäden zu beseitigen. Der Regensturm hat ganze Arbeit geleistet.

Am Salbker Platz erfolgt die erste Begutachtung. Der Fahrer der Straßenbahn berichtet, wie er einer auf der Länge von 100 Metern in Fetzen herunterhängenden Oberleitung entgegenfuhr - ohne Strom versteht sich. Seine Handbewegungen veranschaulichen, wie sich alles ereignet hat. Monteure, auf einer Arbeitsbühne stehend, beenden die letzten Arbeiten am Fahrdraht. Zwei Stunden Reparatur - was sein muss, muss sein - so deren Einstellung. Vorbereitet seien sie gewesen - führen sie erklärend aus; dennoch, 100 Meter Oberleitung unter Zeitdruck einzubauen, das kommt eben nicht alle Tage vor.

Wir fahren weiter zum neu gebauten Straßenbahnbetriebshof "Süd-Ost" im Stadtteil Westerhüsen. Die Abgeordneten unterhalten sich mit den anwesenden Mitarbeitern. Für die Mitarbeiter ist der Nachtdienst eine Tatsache, die zum Arbeitsleben dazugehört, nichts Außergewöhnliches ihrer Ansicht nach. Hinzu kommt, dass die Arbeitsbedingungen im Vergleich zurückliegender Zeiten optimal sind. Natürlich, die Sorge um den Arbeitsplatz lässt

einen nie ganz los. Nächste Station sind die Pfeifferschen Stiftungen im Ortsteil Cracau. Dort empfängt uns Herr Bruhnke, ein Mitarbeiter in leitender Funktion - herzliche Begrüßung. Die Idee einer Nachtschicht findet er sehr gut. Wir werden mehreren jungen Teams der Nachtwache vorgestellt, unter anderem der Notaufnahme. Das Schichtsystem ist hier vorherrschend. Nach ihrer Aussage variiert die Arbeitszeit im Zeitraum von 20.30 Uhr bis 6.00 Uhr. Der Nachtdienst ist so ausgestaltet, dass sich die Mitarbeiter gegenseitig die Pausen gewährleisten können.

Im Anschluss nehmen wir einen Einblick in den Arbeitsbereich der Behindertenbetreuung und Altenhilfe vor. Auch hier erleben wir motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In der Altenhilfe begegnen uns zwei Mitarbeiterinnen, die glücklich mit ihrer Berufsausübung sind.

Die Familie ist wichtig, da sie die auftretenden schwierigen Situationen der Arbeit kompensieren und verarbeiten hilft. Sie selbst zeichnen in dieser Schicht zu zweit für 80 ältere Menschen verantwortlich. Nach einer halben Stunde ertönt der Piper. Hilfe wird irgendwo

benötigt. Die an sie gerichtete Frage nach ihren Standpunkten zum Thema Sterbehilfe und der gesellschaftlich unterbewerteten Fragestellung hinsichtlich des Themas Tod beantworten sie präzise und knapp. Der Tod wird in der Gesellschaft verschwiegen, ist ein Tabuthema, das ist ihre Auffassung. Wir bleiben noch kurz sitzen - etwas hat uns berührt.

Es ist inzwischen fünf Uhr am Morgen. Pünktlich gelangen wir in der Bäckerei der Familie Lüder in Prester an. Die ersten Brote werden in die Regale sortiert.

Wir werden in die Backstube geführt - Betriebsamkeit beherrscht das Geschehen. Bei dem Rundgang durch die Bäckerei erzählt uns Herr Lüder, dass er seinen Betrieb nach der Wende kontinuierlich erweitern konnte, dass beispielsweise die Anzahl der Beschäftigtenanzahl von ehemals 12 auf 46 Mitarbeiter angestiegen ist. Darauf ist er stolz. 1994 erfolgte der Umzug des Betriebes nach Prester. Nunmehr führt die Familie neben der Bäckerei eine Pension und ein Café. Über das gesamte Stadtgebiet bewirtschaftet er inzwischen 6 Filialen.

In der Pension übernachteten Urlauber, die Sachsen-Anhalt und Mag-

deburg kennen lernen wollen. Viele von ihnen sind inzwischen zu Stammgästen geworden. Viele Radfahrer, die bei ihm Unterkunft nehmen, kommen, um die "Straße der Romanik" mit dem Fahrrad zu erkunden. Wieviel Zeit sie sich dafür nehmen, bringt ihn zum Nachdenken. Sachsen-Anhalt ist eben schön. An unserem Bundesland führt für diese Gäste kein Weg vorbei.

Nach acht Stunden und einigen Tassen Kaffee neigt sich die Nachtschicht ihrem Ende entgegen. Was Menschen in ihrem Arbeitsleben und darüber hinaus bewegt und beschäftigt, konnte durch intensive Gespräche und aufmerksames Zuhören in Erfahrung gebracht werden. Gut angelegte Zeit, denn politische Zielsetzungen müssen gemeinsam erarbeitet und umgesetzt werden, weil jeder Mensch die Gesichtspunkte liefert, die den Dienst am Menschen erst ermöglichen.

"Die Demut vor dem Wähler" verpflichtet. Auf diese Weise wird dem Vermögen Raum geschaffen, das Probleme durchschaubar werden lässt und neue, mögliche, durchzusetzende Sachlagen begründet.

Dann ist die Durchsetzung nicht eine Frage des Gelingens, sondern des Vertrauens auf die Zeit; und auf die kann man sich wirklich verlassen.

Stephan Richter

**Magdeburgs CDU-
Abgeordnete besuchen
fleißige Mitarbeiter
bei der Nachtschicht.**

21 wichtige Vitamine, Mineralstoffe und Spurenelemente

DIABETIKER VITALSTOFFE

sind ein diätetisches Lebensmittel:

- zur besonderen Ernährung bei Diabetes mellitus im Rahmen eines Diätplanes
- für mehr Wohlbefinden bei diabetesbedingtem Mehrbedarf an Vitaminen und Spurenelementen



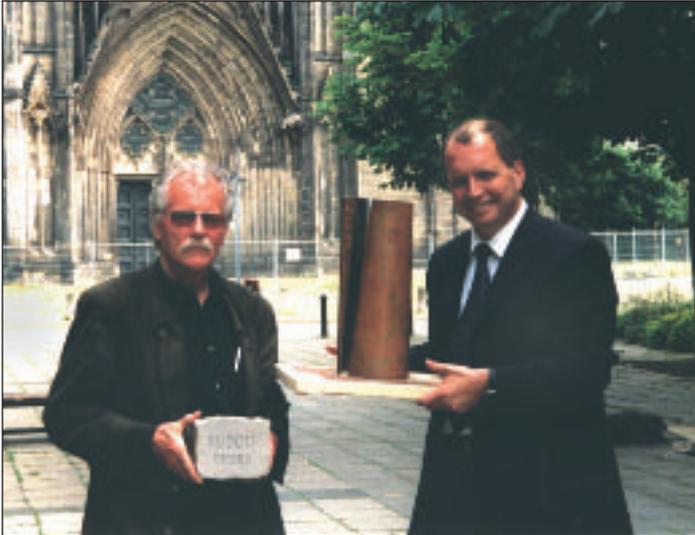
Nur eine
Tablette täglich bei
diabetesbedingtem
Mehrbedarf an
Vitalstoffen



Fordern Sie ein kostenloses Muster und weitere Infos ab!
Schriftlich bei:
aspma GmbH, Vitalstoff-Services,
Lange Götter 3, 391 71 Osterweddingen
oder per Fax: 0 800 - aspma (3 77 27 62)

 www.aspma.de

Für 89,- Euro Namenstein für Bürgerdenkmal erwerben



Der Vorsitzende des Kuratoriums Magdeburger Bürgerdenkmal e.V. Rudolf Evers, mit seinem Namenstein. Rechts im Bild hält Klaus Schneider, leitender Mitarbeiter der Nord LB, das Modell des 4,50 m hohen Denkmals in den Händen.

Das Kuratorium Magdeburger Bürgerdenkmal e.V. hat sich eine neue Idee einfallen lassen, um das letzte Drittel der Denkmalkosten in Höhe von 35.000 Euro einzusammeln.

Bürgerinnen und Bürger können für 89 Euro einen Sandstein mit ihrem Namenszug erwerben.

Firmen und Institutionen können ebenfalls Steine mit ihrem Logo für den symbolischen Preis von 1989 Euro kaufen. Die Steine sollen dann zwischen Dom und Neubau der Nord LB um das geplante Denkmal herum verlegt werden.

Bislang sind 100 Steine verkauft. Interessenten überweisen den entsprechenden Betrag auf das Konto der

Sparkasse Magdeburg

Konto: 37 091 089

BLZ: 810 532 72

unter Angabe des gewünschten Namens und dem Stichwort "Spende Bürgersteine".

Nach Angaben des Kuratoriums eignen sich die Steine auch hervorragend als hochwertige Geschenke der besonderen Art, nämlich als Bekenntnis zur politischen Wende 1989 in ewigen Stein gemeißelt.

CDU-Stadtratsfraktion geht in die Öffentlichkeit

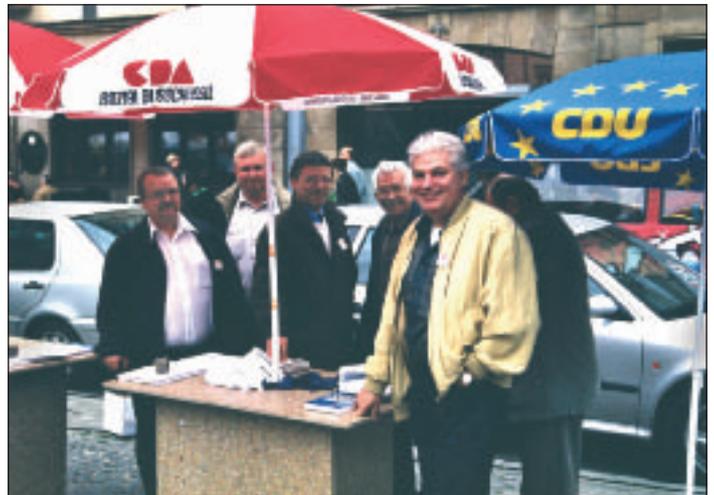
Es ist eine der wohl wichtigsten Aufgaben der CDU-Ratsfraktion, den regelmäßigen Kontakt zu den Bürgern der Landeshauptstadt zu pflegen. Denn nur wer die Probleme vor Ort und die Sorgen seiner Bürger kennt, kann sich auch entsprechend für sie einsetzen.

Aus diesem Grund nutzen die Stadträte jede Möglichkeit, mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen. So bietet die Fraktion regelmäßig Sprechstunden an. Dort kann jede(r) Einwohner Magdeburgs sein Anliegen mit "seinem" Stadtrat klären.

Natürlich steht die Fraktion auch

außerhalb dieser Zeiten jedem offen, um seine Angelegenheiten zu erörtern. Doch auch außerhalb des Rathauses kann man die Vertreter der Fraktion antreffen. Beispielhaft sei hier nur die Beteiligung der Ratsfraktion an öffentlichen Veranstaltungen wie dem 1. Mai (siehe Bild) oder am jährlichen Magdeburger Rathausfest am 3. Oktober erwähnt. Nutzen Sie bitte diese Gelegenheiten um sich mit den Stadträten und Städtinnen der CDU-Ratsfraktion auszutauschen. Denn Demokratie lebt vom Mitmachen.

Tobias Krull



Gemeinsamer Infostand des CDA-Kreisverbandes und der CDU-Stadtratsfraktion Magdeburg

(von links nach rechts: Stadtrat und MdL Wigbert Schwenke, Stadtrat Gunter Schindehütte, Vorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion Reinhard Stern, Josef Schwenke, Stadtratsvorsitzender Gerhard Heinl, halbverdeckt Horst Partscht)



Zum Wahlkreissommerfest hatte Gerhard Ruden am 27. Juni 2002 in die Gaststätte "Zum Lindenweiler" eingeladen, um sich für die Unterstützung beim Wahlkampf zu bedanken.



Offensive 2002 - Aufschwung Vorgelegt von Edmund Stoiber und Lothar Späth

Rot-Grün hat die Wirtschaft im Aufschwung übernommen und hinterlässt Deutschland in der Krise. Deutschland hat im Wahljahr 2002 über vier Millionen Arbeitslose. Die Beschäftigung sinkt seit 1 ½ Jahren. Wir sind Letzter in der EU beim Wirtschaftswachstum. Die öffentlichen Kassen sind durch die falsche rot-grüne Politik so leer gewirtschaftet, dass Bund, Länder und Gemeinden ihre Aufgaben kaum mehr erfüllen können. Kranken- und Rentenversicherung müssen dringend stabilisiert werden, denn im Jahr 2010 sind zwei von fünf Deutschen über 50 Jahre alt, im Jahr 2040 schon jeder Zweite. Und zwölf Jahre nach der Einheit geht die wachstums- und stabilitätsgefährdende Schere zwischen Ost und West immer weiter auseinander. Die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland hat den höchsten Stand seit der Vereinigung erreicht. Rund 76.000 offenen Stellen stehen in Ostdeutschland fast 1,4 Millionen Arbeitslose gegenüber. Immer mehr Menschen kehren deshalb ihrer Heimat den Rücken.

Die noch amtierende Bundesregierung begründet diese negative Entwicklung mit dem Hinweis auf die weltweit schlechte Konjunkturlage. Dieses Argument ist nichts anderes als eine billige Ausrede. Andere EU-Länder haben in der gleichen Situation ihre Chancen weitaus besser genutzt, indem sie ihre nationale Wirtschaft erfolgreich von Bürokratie und Überreglementierung befreit und dadurch wesentlich wettbewerbsfähiger gemacht haben. Diese notwendigen Reformen ist die rot-grüne Bundesregierung unserem Land nicht nur schuldig geblieben; sie hat vielmehr durch eine Fülle neuer unnötiger Regelungen den Prozess der bürokratischen Verkrustung Deutschlands noch beschleunigt. Vier Millionen offiziell registrierte Arbeitslose sind die Quitting für eine hausgemachte verfehlte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und nicht unausweichliche Folge globaler Konjunktüreinflüsse. Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt sagte dazu: „Arbeitslosigkeit hat nichts mit Globalisierung zu tun. Sie ist vollständig hausgemacht.“ (FAS vom 09.06.2002).

CDU und CSU werben bei den Wählerinnen und Wählern, die Bundestagswahl am 22. September zu nutzen, einen grundlegenden politischen Richtungswechsel vor allem im Bereich der Wirtschafts- und Arbeits-



Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber und Jenoptik-Chef Lothar Späth auf Station vor dem Rathaus in Magdeburg auf ihrer Aufschwung-Ost-Tour. Nach dem Regierungswechsel in Sachsen-Anhalt wollen beide auch den Wechsel in Berlin schaffen und Rot-Grün auf die Reservebank schicken.

marktpolitik zu unterstützen. Weitere vier Jahre einer von der PDS tolerierten rot-grünen Bundesregierung würden unser Land zum Sanierungsfall werden lassen mit unabsehbaren Folgen für den Wohlstand der Menschen und ihre soziale Sicherheit.

Es geht bei dieser Bundestagswahl nicht darum, einfach nur Parteien und Personen auszuwechseln. Am 22. September geht es darum, eine grundsätzlich falsch angelegte Politik durch eine wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Konzeption zu ersetzen, die geeignet ist, unser Land in die Spitzengruppe der wirtschaftsstarken Länder Europas zurückzuführen und die Menschen in Deutschland zu akzeptablen Bedingungen wieder in Lohn und Brot zu bringen. Dies freilich wird ohne einen politischen Wechsel nicht möglich sein. Die gewaltigen Probleme werden nicht gelöst, indem man nur die Verwaltung der Arbeitslosigkeit verbessert und die Arbeitslosenstatistik schön. Kommissionen ersetzen nicht fehlenden Mut zu politischen Reformen. Hauptproblem ist nicht die Vermittlung von Arbeitslosen, sondern der Mangel an Arbeitsplätzen.

Die nötigen Millionen neuer Arbeitsplätze entstehen nicht, wenn man weiter nur an den Symptomen der Arbeitslosigkeit herumdoktert. Es ist höchste Zeit, endlich an den Ursachen anzusetzen!

Unsere Offensive 2002 besteht aus sieben Initiativen „Aufschwung für Arbeit“.

1. Initiative für mehr Freiheit und Soziale Marktwirtschaft

Wir wollen, dass den Menschen und den Betrieben netto mehr in den Taschen bleibt! Damit stärken wir die Investitions- und Innovationskraft der Wirtschaft und die Kaufkraft der Bürger. Wir sorgen dafür, dass sich Leistung wieder lohnt. Als Einstieg in das Programm zum umfassenden Abbau von Steuern und Abgaben „3 mal 40“ machen wir zum 1. Januar 2003 die von Rot-Grün beschlossene Ökosteuererhöhung rückgängig und stellen so Wirtschaft und Verbrauchern pro Jahr über 3 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung.

Umgehend werden wir mit den Arbeiten an einer großen Steuerreform beginnen, um bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode den Eingangstarif unter 15 % und den Einkommensteuerspitzenatz unter 40 % zu drücken und ein einfacheres, verständlicheres und vor allem faires Steuerrecht zu schaffen. Damit wer-

den alle Steuerzahler entlastet.

- Sofort nach Regierungsübernahme werden wir damit beginnen, unser Konzept umzusetzen, die Beitragssätze zur Sozialversicherung zu senken und mittelfristig dauerhaft auf unter 40 % zu begrenzen.

- So sorgen wir dafür, dass Schritt für Schritt die Staatsquote, also der Anteil der gesamtwirtschaftlichen Leistung aller Bürger, der über den Staat umverteilt wird, längerfristig auf unter 40 % gesenkt wird. Dazu muss der Zuwachs der Staatsausgaben über Jahre hinaus hinter dem Wirtschaftswachstum zurückbleiben.

- Wir werden die Investitionsquote des Bundes schrittweise auf 12 % anheben. Der ausgeglichene Haushalt muss mit dem Ziel möglichst hoher Investitionen verknüpft werden. Die rot-grüne Bundesregierung hat die Reduzierung der Nettoneuverschuldung mit einer deutlichen Rückführung der Investitionsquote auf nunmehr 10,1 % im Jahr 2002 erkaufte und damit Wirtschaft und Arbeitsmarkt und langfristig auch dem Staatshaushalt schweren Schaden zugefügt.

2. Initiative für mehr Wachstum im Mittelstand

- Der Mittelstand muss wieder Motor des Wachstums werden.

Von 1980 - 2000 hat der Mittelstand in Deutschland 2,9 Millionen Stellen geschaffen, während die Großunternehmen rund 1 Million Stellen abgebaut haben. Die rot-grüne Bundespolitik war einseitig auf Großunternehmen und Gewerkschaften ausgerichtet – auf Kosten des Mittelstands in Deutschland. Damit neue Arbeitsplätze entstehen, werden wir als Sofortmaßnahme im Vorgriff auf die große Steuerreform die Investitionsfähigkeit und -bereitschaft kleinerer und mittlerer Unternehmen gezielt stärken: Wir werden die Wertgrenze für sofort abschreibungsfähige Wirtschaftsgüter (geringwertige Wirtschaftsgüter) von bisher 410 Euro auf 800 Euro anheben. Wir wollen die Eigenkapital- und Liquiditätssituation des Mittelstandes durch Verbesserungen bei der Ansparrücklage fördern.

- Unser Ziel ist es, den Zugang mittelständischer Unternehmen zu Fremdfinanzierung ebenso zu erleichtern

für Arbeit - Stoiber-Späth-Plan

am 12. Juli 2002 vor der Bundespressekonferenz

wie den Betrieben höhere Eigenkapitalquoten zu ermöglichen. Wir werden dafür sorgen, dass die Förderbanken des Bundes DfA und KfW

keit des deutschen Güterverkehrs-gewerbes stärken. Die Einnahmen aus der LKW-Maut werden wir nach Abzug der Systemkosten und des



die Mittelstandsförderung in den kommenden Jahren deutlich verstärken, damit sich auch die Hausbanken wieder stärker engagieren. Die neuen Bankenrichtlinien für die Eigenkapitalunterlegung von Krediten an Unternehmen („Basel II“) stellen die Kreditversorgung des Mittelstandes auf neue FüÙe. Wir werden sorgfältig darauf achten, dass es bei der Umsetzung der Richtlinien in EU-Recht nicht zu einer Benachteiligung des Mittelstandes kommt.

- Die Investitionskraft der Kommunen stärken wir bereits zum 1.1.2003 durch die Senkung der Gewerbesteuerumlage auf das Niveau vor der Schröder-Steuerreform. Damit erhalten die Gemeinden jedes Jahr zusätzliche Mittel von über 2 Milliarden Euro, was besonders Handwerk und Mittelstand zu Gute kommt.

- Wir werden die Bauwirtschaft stabilisieren. Dazu werden wir vor allem die völlig zum Erliegen gekommene Investitionsbereitschaft im privaten Wohnungsbau wiederherstellen. Wir werden die Beschränkungen der Verlustverrechnung für den Mietwohnungsbau wieder aufheben, die Abschreibungsbedingungen verbessern und die Spekulationsfrist spürbar verkürzen. Wir werden dafür sorgen, dass ein größerer Erhaltungsaufwand bei vermieteten Objekten steuerlich wieder auf mehrere Jahre verteilt werden kann.

- Wir werden die Wettbewerbsfähig-

Harmonisierungsvolumens in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur investieren.

3. Initiative zur Bürokratiebefreiung

- Wir machen unseren Staat entscheidungsfreudiger und schneller, damit wirtschaftliche Dynamik und unternehmerische Initiative den dringend nötigen Freiraum erhalten. Vor allem der Mittelstand resigniert zunehmend.

- Unmittelbar nach der Bundestagswahl werden wir eine Task-Force zur Modernisierung und Bürokratiebefreiung unter Federführung des neu zugeschnittenen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit einrichten, die mit Experten und Politikern besetzt sein und ein umfassendes Konzept zur Bürokratiebefreiung erarbeiten wird.

- Die Task-Force Bürokratiebefreiung wird nach Abschluss ihrer Arbeit in einen „Bürokratie-TÜV“ überführt, der die ständige Aufgabe hat, eine strenge Evaluierung der Gesetzesfolgen vorzunehmen und bestehende Vorschriften in engen zeitlichen Abständen zu überprüfen.

- Wir werden das vor allem die Wirtschaft einengende Gesetzes-, Verordnungs- und Richtliniengeflecht, für das die Riester-Rente und Schröders 630-Mark-Bürokratiemonster abschreckende Beispiele sind, konsequent durchforsten, nachhaltig ausdünnen und radikal vereinfachen. Die Beweislast muss

künftig der haben, der neue Vorschriften fordert, nicht mehr der, der sie vereinfachen und abschaffen will.

- Wir wollen, dass die bislang unvermeidbaren „Behördengänge“ künftig so weit wie möglich von zu Hause oder vom Büro aus erledigt werden können.

- Wir werden die Aufgaben und Verantwortlichkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wieder klar trennen, den Ländern mehr Entscheidungsfreiheit einräumen und dafür sorgen, dass die jeweilige staatliche Ebene ihre Kernaufgaben wieder besser erfüllen kann – die innere und äußere Sicherheit, ein leistungsfähiges Schul- und Hochschulsystem, eine hochmoderne Infrastruktur, ein zukunftsfestes Sozialsystem.

4. Initiative für Unternehmensgründung

- Deutschland liegt beim „Gründerklima“ im Staatenvergleich auf einem blamablen 22. Platz. Wir werden die Gründung neuer Existenzen vorantreiben und eine neue Gründerwelle in Deutschland auslösen. Dies ist angesichts von 40.000 Unternehmenspleiten im Jahr 2002 unerlässlich. Jeder Existenzgründer schafft im Schnitt etwa drei neue Arbeitsplätze. Wenn die Selbständi-

zu erreichen, werden wir das sogenannte Scheinselbständigengesetz aufheben. Es hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Gründerwelle der neunziger Jahre zusammengebrochen und die Zahl neu entstandener Betriebe in Deutschland seit 1998 um 27% zurückgegangen ist.

- Wir werden dafür sorgen, dass alle Existenzgründer in Deutschland über das Internet Zugriff auf ein GründerInfoNetz haben, in dem sie sich über die Fördereinrichtungen von Bund, Ländern und Kommunen, die Infrastrukturen für Gründer, aber auch über die Beratungs- und Hilfsmöglichkeiten durch Business Angels oder Senior Advisors informieren können.

Das GründerInfoNetz wird die Grundlage für ein deutschlandweites Benchmarking der Gründerförderung sein.

- Wir werden die steuerliche Behandlung von Chancenkapital in Deutschland sehr schnell verbessern. Die Rahmenbedingungen für die Eigenkapitalfinanzierung müssen international wettbewerbsfähig werden. Deshalb werden wir die Wesentlichkeitsgrenze für die Steuerfreiheit von Beteiligungskapital, die die rot-grüne Bundesregierung auf 1% abgesenkt hat, auf 10 % anheben.



Vor etwa 2000 Unions-Anhängern und einigen Dutzend Störern auf dem Alten Markt warb Edmund Stoiber um Vertrauen und für einen neuen Aufbruch in Deutschland.

genquote von heute 9,9% um nur 0,1 Prozentpunkte gesteigert wird, könnten damit über 100.000 neue Arbeitsplätze entstehen.

- Um dieses Ziel möglichst schnell

- Wir werden die Unternehmensgründungen in Deutschland deutlich leichter machen.

Offensive 2002 - Aufschwung für Arbeit - Stoiber-Späth-Plan

Der bürokratische Aufwand, dem sich die Unternehmensgründer in Deutschland gegenüber sehen, ist im internationalen Vergleich ein echter Wettbewerbsnachteil. Unser Ziel ist es, in den kommenden vier Jahren beim zeitlichen und finanziellen Aufwand den Abstand zur Weltspitze zu halbieren.

- Wir werden bei jungen Menschen die Neugier und Bereitschaft wecken, selbst unternehmerisch tätig zu werden – durch Ergänzung des Informations- und Unterrichtsangebots an Schulen und Hochschulen, durch Vorträge von Unternehmen und Wirtschaftsfachleuten, durch Betriebsbesuche und durch Junior-Wettbewerbe für die Einübung von Selbständigkeit an den Schulen.

5. Initiative

High-Tech-Standort Deutschland

- Wir werden die technologische Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands stärken und bereits im Bundeshaushalt 2003 durch Umschichtungen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass für die Technologien der Zukunft mehr Mittel zur Verfügung stehen. Die Entwicklung und Produktion von Hochtechnologien auf breiter Front (Information und Kommunikation, Gen- und Biotechnologie, Bionik, Opto-Elektronik, Neue Materialien, Nanotechnologie, Luft- und Raumfahrt, Umweltwissenschaften, Medizintechnik, Mechatronik) und ihre schnelle und breite Anwendung in allen Bereichen der Wirtschaft – in Handwerk, Industrie und Dienstleistungsgewerbe - und zwar in ganz Deutschland ist die

Kernvoraussetzung dafür, dass die Arbeitsplätze der Zukunft wieder in Deutschland entstehen. Vorbild für die verstärkte Hochtechnologieförderung ist der erfolgreiche BioRegion-Wettbewerb.

- Wir werden schnell nach der Regierungsbildung das Hochschulrahmengesetz so ändern, dass die Zuständigkeiten zugunsten der Länder und des Wettbewerbs weitgehend entflochten werden. Unsere Hochschulen brauchen mehr Freiheit, um ihre angestammte Leistungsfähigkeit wieder zurückzuerobieren.

- Wir werden mit Wirtschaft und Wissenschaft den Aufbau eines umfassenden Informationsnetzes über das Internet vorantreiben, mit dem Hochschulen, Forschungseinrichtungen und alle Angebote des Technologietransfers miteinander verbunden werden. Das hilft gerade dem Mittelstand, der oft nicht in der Lage ist, eigene Forschungs- und Entwicklungskapazitäten aufzubauen.

- Wir werden dafür sorgen, dass in Deutschland erprobt werden kann, was in Deutschland entwickelt wurde. Wie wollen wir Technologie verkaufen, die wir nicht vorher bei uns zu testen bereit waren? Wir werden zum Beispiel dafür sorgen, dass die Nutzung des schnellen Massentransportmittels Transrapid in Deutschland nicht allein unter kurzfristigen Rentabilitätsaspekten, sondern auch als wichtiges Referenzobjekt deutscher Ingenieurleistungen und Anlagenbauer bewertet wird.

- Wir streben eine stärkere Vernetzung der deutschen und europä-

ischen Forschungsförderpolitik an. Angesichts der Globalisierung gilt es, ganz Europa zu einem starken und schlagkräftigen Forschungs- und Innovationsraum zu machen. Die deutsche Forschungspolitik muss Motor der Entwicklung eines europäischen Forschungs- und Innovationsnetzes sein. Ein erster Schwerpunkt wird dabei das endlich anlaufende Galileo-Projekt sein, mit dem die Europäer unabhängig vom amerikanischen GPS ein eigenes Satellitensystem schaffen mit einem riesigen Nutzungspotenzial, zum Beispiel bei der Verkehrslenkung und Logistik.

- Wir werden die Präsenz des High-Tech-Standorts Deutschland im Ausland intensivieren. Dazu werden wir nach dem Beispiel der erfolgreichen deutschen Leistungsschau 1984 in Japan mindestens jedes zweite Jahr eine deutsche Leistungsschau im Ausland durchführen. Spätestens in zwei Jahren wird die erste Leistungsschau in Shanghai stattfinden, der derzeit dynamischsten Wachstumsregion der Welt.

6. Initiative

Flexibler Arbeitsmarkt

- Wir werden die Verkrustung des deutschen Arbeitsmarkts beseitigen und mit neuen Konzepten Bewegung und Flexibilität schaffen.

- Auch kleine Jobs müssen sich lohnen: Statt die Schwarzarbeit auf niedrigstem Niveau zu Lasten der sozialen Sicherungssysteme zu legalisieren, setzen wir darauf, den Niedriglohnbereich attraktiv zu machen. Mit unserem „Drei-Säulen-Modell“ werden wir die 325-Euro-

Grenze für Geringverdiener auf 400 Euro anheben, die Belastung mit Sozialversicherungsbeiträgen streichen und eine pauschale Steuerpflicht von 20% für den Arbeitgeber einführen. Für Arbeitnehmer, die zwischen 401 und 800 Euro verdienen, werden wir die Sozialversicherungsbeiträge senken. Arbeitslose, die eine Arbeit annehmen, mit der sie weniger verdienen als mit den bisherigen sozialen Leistungen, erhalten als Anreiz einen Aufstockungsbeitrag. Dieses Konzept wird bereits 2003 in Kraft treten. Damit können bis zu 800.000 neue Beschäftigungsverhältnisse entstehen.

- Mit uns wird der Grundsatz gelten: Wer arbeitet, muss mehr verdienen als wenn er nicht arbeitet. Sozialhilfe ist eine zweite Chance – sie darf kein Lebensstil sein! Arbeitslose müssen sich ernsthaft und nachprüfbar um Arbeit bemühen, sich weiterqualifizieren oder gemeinnützige Arbeit leisten. Wer dazu nicht bereit ist, erhält nur mehr gekürzte Leistungen. Wir werden die Zumutbarkeitsregeln verschärfen und die Beweislast umkehren. Wir werden Arbeitslose fördern aber auch fordern.

- Wir werden auch die Schaffung regulärer Arbeitsplätze in privaten Haushalten fördern. Die von uns geplante attraktive Gestaltung des Niedriglohnssektors wird hierzu ebenso einen Beitrag leisten wie die steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten zwischen 1000 und 5000 Euro jährlich pro Kind ab 2003 und die stufenweise Einführung des Familiengeldes ab 2004.

Küchen von ganz klein bis ganz groß

Perfekt und Preiswert!

Der Küchenplaner

küchen knot

Ihre Küche

- Computerplanung
- Küchenumbau
- individuelle Beratung
- Küchenmontage und Zubehör
- Vermittlung von Klempner-, Maler-, Elektro- und Fußbodenarbeiten



Fax 03 91/6 07 40 05 www.kuechen-knut.de P vorhanden

Leipziger Str. 6/gegenüber Telekom – Tel.: 03 91/6 07 40 04

Offensive 2002 - Aufschwung für Arbeit - Stoiber-Späth-Plan

• Wir wollen die Vermittlung, Betreuung und Qualifizierung von Arbeitslosen aus einer Hand: Für alle Arbeitssuchenden und alle Arbeitsanbieter gibt es künftig nur eine Anlaufstelle: die JobCenter, die Mittel der aktiven Arbeitsförderung erhalten. Dazu werden wir auch Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenführen. Die Finanzierung dieser Einrichtungen wird unter der CDU/CSU-geführten Bundesregierung nicht zu Lasten der Kommunen gehen.

• Den generellen Rechtsanspruch auf Teilzeit werden wir auf Zeiten der Kindererziehung und Pflege begrenzen und die Möglichkeiten für die Befristung von Arbeitsverhältnissen erweitern.

• Statt die über 55-Jährigen aus dem Arbeitsmarkt auszugrenzen, setzen wir auf gezielte Weiterbildung und Qualifizierung älterer Arbeitnehmer. Wenn die Gesellschaft altert, kann die Belegschaft nicht immer jünger werden. Das tatsächliche Renteneintrittsalter muss sich wieder stärker dem gesetzlichen Renteneintrittsalter annähern.

• Wir unterstützen Eltern, die Familie und Erwerbstätigkeit miteinander vereinbaren wollen, durch ein bedarfsgerechtes, vielfältiges Kinderbetreuungsangebot. Die Unternehmen fordern wir auf, technische Berufe verstärkt auch für Frauen zu öffnen und Fort- und Weiterbildungsangebote so zu gestalten, dass Frauen der Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert wird.

• Wir werden den Spielraum für betriebliche Bündnisse für Arbeit erweitern, um in Krisensituationen Arbeitsplätze vor dem Konkurs zu retten. Neben Lohn und Arbeitszeit müssen auch die Beschäftigungsaussichten in den Günstigkeitsvergleich einbezogen werden. Den Tarifparteien muss zur Sicherung der Tarifautonomie jedoch ein begründetes Einspruchsrecht bleiben.

• Wir werden die Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt zuverlässig und wirksam begrenzen und steuern und in die Arbeitslosigkeit bzw. Sozialhilfe verhindern. Angesichts von 4 Millionen Arbeitslosen besteht auf absehbare Zeit im Bereich der einfachqualifizierten Tätigkeiten kein Bedarf für weitere

Zuwanderung.

7. Initiative Der Osten kommt in Schwung

• Noch in diesem Jahr sorgen wir mit einem kommunalen Investitionsprogramm im Umfang von einer Milliarde Euro dafür, dass Städte und Landkreise im Osten wieder die drin-



Lothar Späth (Bildmitte)- Stoibers Garant für den Aufbau Ost. Späth erläuterte in Magdeburg seine Ziele und erste Maßnahmen nach einem Regierungswechsel. Zur Stärkung der ostdeutschen Wirtschaft will er unter anderem die "Abwanderungsprämien" überprüfen.

gend nötigen Arbeiten an Krankenhäusern, Schulen, Kindergärten, Sport- und Kultureinrichtungen leisten können. Damit helfen wir zugleich vielen existenzbedrohten mittelständischen Unternehmen und Handwerkern. Die Handwerker wollen keine ruhige Hand, sondern Arbeit, um ihre Hände zu bewegen! Finanziert wird das Programm aus Rückzahlungen der EU für nicht verbrauchte Strukturfondsmittel.

• Darüber hinaus legen wir ein Sonderförderprogramm „Offensive Zukunft Ost“ auf, um mit einer weiteren Milliarde Euro Mittelstand, Existenzgründer und Innovationen in Ostdeutschland zu unterstützen. Existenzgründer benötigen in den ersten Jahren zur Verbesserung ihrer Kreditwürdigkeit erweiterte Möglichkeiten der öffentlichen Haftungsfreistellung und der privaten und öffentlichen Chancenkapitalfinanzierung. Im Rahmen dieser Offensive werden wir auch besondere Anreize für Investitionen von Unternehmen in Forschung und Entwicklung in Ostdeutschland geben. Nachdem der Bund und seine Sondervermögen an fast 400 Unternehmen unmittelbar und mittelbar mit

mehr als 25 Prozent beteiligt sind, erfolgt die Finanzierung dieser Offensive auch aus Privatisierungserlösen.

• Im Rahmen der Offensive Zukunft Ost werden wir die Forschungsinfrastruktur und die Innovationspotenziale in Ostdeutschland stärken. For-

nen. So werden wir, um den Aufbau von Unternehmen in der Gründungsphase zu erleichtern, für Existenzgründer in Ostdeutschland die Befristung von Arbeitsverhältnissen auf bis zu 4 Jahre generell ermöglichen, den Anspruch auf Teilzeit aussetzen und die Existenzgründer von statistischen Meldepflichten befreien. Außerdem werden wir die Geltung des Verkehrswegebeschleunigungsgesetzes in den ostdeutschen Ländern über 2004 hinaus verlängern. Dazu werden wir ein eigenes Paket „Öffnungsklauseln für Arbeit und Wirtschaft“ vorlegen.

• Wir werden die Liquidität der kleinen und mittleren Unternehmen durch eine Ausweitung der Ist-Besteuerung in der Umsatzsteuer auf Unternehmen bis zu 2,5 Millionen Euro Umsatz pro Jahr verbessern. Unternehmensgründer in Ostdeutschland sollen die ersten Steuererklärungen für Ertragssteuern erst nach zwei Jahren abgeben müssen.

• Die absurde Situation, dass über finanzielle Zuwendungen – wie finanzielle Hilfen zur Förderung der Mobilität - Abwanderung noch gefördert wird, muss dort abgeschafft werden, wo sie kontraproduktiv ist.

Finanzierung der Offensive 2002

Wir machen keine leeren Versprechungen. Die gezielten Maßnahmen, die wir 2002 und 2003 umsetzen werden, kosten 9 bis 10 Mrd. Euro, das sind rund 4 % des Bundeshaushalts (250 Mrd. Euro). Diesen Betrag können wir solide finanzieren durch die Rückflüsse aus der EU für nicht verbrauchte Strukturfondsmittel, durch die Privatisierung von Bundesbeteiligungen sowie durch Umschichtungen und Einsparungen im Bundeshaushalt. Einsparpotentiale sehen wir auch bei der Bundesanstalt für Arbeit.

Die finanziellen Spielräume für die große Steuerreform und die Einführung des Familiengeldes, die wir ab 2004 in Stufen umsetzen werden, werden wir mit unserer Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung sowie durch Strukturreformen der Sozialversicherungen Stück für Stück erarbeiten.

schungseinrichtungen in den ostdeutschen Ländern werden wir ebenso wie technologieorientierte Gründungen an Universitäten und Fachhochschulen gezielt fördern und mit Chancenkapitalgebern und unternehmensnahen wissensbasierten Dienstleistern vernetzen. Auf diese Weise entstehen neue Cluster als Basis für die Wirtschaftsstrukturen der Zukunft.

• Die Ansiedlung der geplanten europäischen Spallations-Neutronenquelle im Raum Halle/Leipzig für die Materialforschung kann ein zusätzlicher Leuchtturm für die Forschungslandschaft in Ostdeutschland sein. In den ländlichen Räumen werden wir ein Netz von Bildungseinrichtungen und Transferstellen für die Informationstechnologie errichten.

• Damit ostdeutsche Unternehmen rascher und flexibler handeln können, werden wir bei der Bürokratiebefreiung in Ostdeutschland einen besonderen Schwerpunkt setzen. Durch Experimentier- und Öffnungsklauseln werden wir die Möglichkeit eröffnen, auf die spezifischen Herausforderungen in Ostdeutschland gezielte Antworten geben zu kön-

Gerhard Schröder, der entzauberte Märchenprinz

Vier Jahre sind vorbei - der König, oder besser seine Dienerinnen und Diener sind tot - es leben die Neuen! Dieses beliebte Rollenspiel in Anlehnung an den Volksmund konnte man jetzt hautnah an unserer höchsten Volksvertretung beobachten.

Die Einen gehen, die Anderen kommen! Jeder, na ja, **fast** jeder ist austauschbar. Viermal hat es ja auch der Bundeskanzler in seinem Privatleben vorgemacht. Und was im Privatleben funktioniert, müsste doch auch in der Politik klappen, sagte er sich.

Getreu nach dem Vorbild eines bekannten Märchens der Gebrüder Grimm erwischte auch er "Sieben auf einen Streich!" - in einer Legislaturperiode, wohlgermerkt, und hat von nun an das Recht, den Titel "Das tapfere Schröderlein" zu tragen!

Im Artikel 65 der Verfassung heißt es unter anderem: "... jeder Bundesminister leitet seinen Geschäftsbereich selbständig ... bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet die Bundesregierung ... die Geschäfte leitet der Bundeskanzler".

So ist das also! Wie in einer Familie: Wenn man sich streitet, entscheidet das Oberhaupt. Zumindest in der Familie genießt das Oberhaupt das Vertrauen der anderen Familienmitglieder. Nun ist es dem einen oder anderen Familienoberhaupt bestimmt schon mal in den Sinn gekommen, seinen Vertreter (in diesem Falle den Ehepartner) auszuwechseln. Selten hat man aber gehört, dass innerhalb kurzer Zeit auch andere Familienmitglieder ausgewechselt wurden. Auch unser tapferes Schröderlein schien zu fragen: "Ei, wer hat euch eingeladen?", und jagte die ungebetenen Gäste fort. Die Frage ist vor allem: Wird es danach besser?

Der Erste, der das Handtuch in der "Familie" Bundesregierung warf, war der **Oscar!** Er sollte denselben eigentlich auch bekommen, aber nur für die absolut kürzeste Ministerzeit, allerdings ausreichend für die vollen Bezüge danach ...

Dann wurde der **Hombach Bodo** vom Bundeskanzleramt in den Balkan geschickt (tiefster Osten, aber mit feierfreudigen Einwohnern).

Es folgten "Perücke" **Müntefering**

und **Reinhard Klimmt**, die sich sämtlich im Bau-, Wohnungswesen und auch im Verkehr versuchten. Schien aber auch nicht so geklappt zu haben.

Der wichtigste, weil schönste (?) Staatsminister Julian Nida-Rümelin löste dann Anfang 2001 einen gewissen **Naumann** ab, was relativ geräuschlos über die Bühne ging, so wie eigentlich der gesamte Kulturbereich sehr dezent "arbeitet", wenn er denn arbeitet.

Frau Fischer konnte man im Januar 2001 ihre Parteizugehörigkeit an ihrer Gesichtsfarbe ablesen, als sie das "Schröderlein" für den "Kreuzfeld-Jacob" (BSE) und anderes verantwortlich machte. Bei den Abschiedsinterviews merkte man ihr an, wie gesund sie einmal gewesen sein muss.

Zur selben Zeit merkte "Chef" Schröder auch, dass im Ministerium, das u.a. auch den Verbraucherschutz zum Thema hat, der Minister verbraucht ist. So konnte auch ein gewisser Herr **Funke** in seinen wohlverdienten(?) Ruhestand eintreten. "Miss Grüne", Frau Künast ist die Nachfolgerin und sorgt durch Aussehen und einige Entscheidungen für Stimmung in der sonst fast am Boden liegenden Gruppierung.

Hier kam das Kabinetts - Roulette erst einmal zum Stillstand. Aber wie lange noch? Wer sind die nächsten Anwärter?

Der echt dunkelhaarige "Übervater" bestimmt nicht, aber wie wäre es mit "Bademeister" Scharping, Hardliner und Links-Genossen Trittin oder dem gewendeten Terroristen-Verteidiger Schily? ...

Richtig geraten! "Honorar-Minister" und "Privatflieger" Rudolf ist der Nächste!!! Das ist jammerschade: Kurz vor der Ziellinie doch noch abgefangen zu werden!

Es bringt halt nichts, sich eine anspruchsvolle Freundin zu leisten, privat die Bundeswehr-Flieger zu benutzen, Geld für noch nicht gehaltene Vorträge zu kassieren und nebenbei auch noch 4 Jahre das Heer zu leiten! Hoffentlich kommen die Wahlen jetzt bald, sonst muss das Märchen doch noch umgeschrieben werden ... "acht auf einen Streich" oder "neun ...?"

Im Märchen erntet das tapfere Schneiderlein Lob und Anerkennung für seine Streiche, bei uns gibt es dafür die Abwahl Herr "Schneider" Schröder!

Stadtrat Gerhard Heini



CDU-Ratsfraktion ist für Müllverbrennungsanlage in Rothensee

Um die neuen Umweltgesetze mit Inkrafttreten am 01.06.05 zu erfüllen und unserer Bevölkerung auch weiterhin Entsorgungspreise zu garantieren, um die wir weithin beneidet werden, ist es erforderlich eine Müllverbrennungsanlage (MHKW) zu errichten.

Wenn wir dieses nicht täten, würden auf die Stadt und ihre Bewohner unabsehbare finanzielle Belastungen zukommen.

Eine mechanisch-biologische Anlage würde das Problem nur zum Teil lösen, da hier unbehandelte Emissionen erfolgen und die Reste dann doch noch in eine Verbrennungsanlage müssten. Warum soll der Müll nur so verrotten, anstatt in einem Müllheizkraftwerk noch Wärmeenergie zu liefern?

Durch die geplante Anlage errei-

chen wir für unsere Bürger Entsorgungssicherheit für die Zukunft, ca. 170 Arbeitsplätze



und sichern die Wertschöpfung vor Ort.

Gleichzeitig kann die gesamte Region Magdeburg gemeinsamen profitieren und die Preise werden

nicht fremdbestimmt, sondern können von uns mitbestimmt zum Wohle der Bevölkerung gestaltet

werden.

Garantiert durch die Anwendung modernster Reinigungstechnik und Hochleistungsfilter bei der Abluftbehandlung im MHKW ist

es heute möglich, die Luftbelastung gegen Null zu reduzieren. Auf deutsch: Die Luft die aus dem Schornstein kommt ist nachweislich sauberer als die Luft die uns umgibt.

In einer vergleichbaren Anlage in Kassel konnten wir Messprotokolle der Umweltschützer einsehen und fanden bestätigt, dass alle Grenzwerte weit unterschritten wurden bzw. nur noch das Wort Nachweisgrenze vermerkt war.

Durch die exzellente verkehrstechnische Erschließung der geplanten Anlage durch Autobahn, Schiene und Wasserstraße ist auch ein reibungsloser Transport der Müllmengen aus dem Vertragsgebiet zu erwarten.

Fazit:

Saubere Luft

Saubere Preise

Saubere Entsorgung.

Stadtrat Hubert Salzborn

BADEN WIE DIE GÖTTER



**Heizung- & Sanitärtechnik
Solaranlagen- & Lüftungsbau**

Jörg Lustinetz

Installateur-Meister

Adolfstraße 3 - 39122 Magdeburg

Telefon: 0391- 4 04 87 38

Fax: 0391- 4 04 87 39

Funk: 0177- 2 32 96 44

E-Mail: lustinetz@t-online.de

Internet: <http://www.lustinetz.de>

Gutti's Partyservice



- Kalte Platten
- Kalte Büffets
- Warme Menüs
- Spanferkel & Krustenbraten

frisch & lecker

Wir vermitteln Partyräume (25/50/60 Personen)
Partyzubehör (Tische, Stühle, Geschirr u.v.m.)

☎ MD 7 22 13 26

Bestellannahme: Di-Fr 10:00-18:00 Uhr und nach Vereinbarung
Inhaber B. Schulz, Zum Lindenweiler 45, 39110 Magdeburg

Fehlen unserer Gesellschaft Werte? - Nachbetrachtung zum Massaker in Erfurt

Nach den unvorstellbaren Ereignissen im Erfurter Gutenberg-Gymnasium sitzt der Schock in der Bevölkerung tief. Angesichts dieses unvorstellbaren Ausbruchs an Gewalt, bislang in diesem Ausmaß nur aus den USA bzw. Gewaltfilmen bekannt und des Umstandes, dass es sich bei dem Amoklauf von Erfurt um das schlimmste Massaker nach Ende des 2. Weltkrieges in Deutschland handelt, wird immer wieder die Frage des "Warum" gestellt.

In diesem Zusammenhang sticht des weiteren in's Auge, dass sich nunmehr vielerorts neben Betroffenenheitsbekundungen Politiker jeglicher Couleur mit Erklärungsversuchen zur Ursache dieser Gewalttat zu Wort melden und reflexartig Problembewältigung durch Forderungen nach weiteren Restriktionen, z.B. Anheben der Volljährigkeitsgrenze, Verschärfung des Waffenrechts etc. betreiben zu können glauben.

Um nicht falsch verstanden zu werden, die Ereignisse in Erfurt sind

schrecklich und entbehren jeder Vorstellungskraft. Nunmehr jedoch die Ursache dieses Amoklaufs auf einen Zusammenhang zwischen Videospielen, Gewaltdarstellungen in den Medien und ein angeblich zu lasches Waffenrecht in Deutschland zu vereinfachen, geht am Kern des Problems meilenweit vorbei.

Bei dem Versuch einer hierneben wenigstens ansatzweisen Erklärungsfindung, gibt bereits die Tatsache zu denken, dass die Eltern des Amokschützen vom Rauswurf ihres Sohnes aus dem Gymnasium keine Ahnung hatten und von den Geschehnissen vollkommen überrascht worden sind.

In diesem Zusammenhang ist schon seit Jahren die Tendenz zu beobachten, dass Gewalt in den Medien, in der Familie und zwangsläufiger Weise auch in der Schule stetig zunimmt. Dennoch kann man sich innerhalb der Gesellschaft öfters des Eindrucks nicht erwehren, dass Gewalt herabgespielt bzw. auch als alltäglich,

"jugendliche Rauferei in der Schule" etc., herabgespielt wird. Mitursächlich hierfür scheint zu sein, dass einem Großteil der Jugendlichen offensichtlich bereits von Seiten des Elternhauses keinerlei moralische Wertorientierung mehr vermittelt wird.

In welchem Dilemma und welchen Belastungen Pädagogen in den Schulen ausgesetzt sind, dürfte nicht erst seit Erfurt bekannt sein. Zwar regen derartige Schockgeschehnisse zu einem Nachdenken über die gesellschaftliche Situation an, häufig erschöpft sich dies dann jedoch in Absichtserklärungen.

Dass seit Jahren im sozialen Bereich an Jugendeinrichtungen gespart wird, dass Klassenverbände immer größer und damit schlechter betreut werden, dass das Ansehen von Lehrern in der Gesellschaft seit Jahren z.T. durch Äußerungen auch von Seiten einiger Politiker untergraben wird, findet dabei nur am Rande Erwähnung.

Eine gute Präventionsalternative

stellt eine verstärkte Wertevermittlung bereits im Elternhaus und eine umfangreiche Ächtung von Gewalt in der Gesellschaft dar. Auch muss man Jugendlichen Perspektiven eröffnen, muss ihnen das Gefühl und die Möglichkeit geben, ernst genommen und für die Zukunft eigenverantwortlich handelnd tätig werden zu können.

Um Jugendlichen Selbstvertrauen, Zukunftsoptimismus, mithin Tugenden zu vermitteln, die die "Anfälligkeit" für derartige "Grenzereignisse" jenseits jeder Vorstellungskraft minimieren können, müssen stärker als bisher Investitionen und Anstrengungen im Bildungssektor, im Jugendsozialbereich und im Bereich einer umfangreichen gesellschaftlichen Wertevermittlung unternommen werden.

Es werden Existenzgründeroffensiven, Arbeitsmarktoffensiven etc. initiiert - warum nicht auch eine die Gesellschaft umspannende Werteoффensive?

von Tino Sorge,

Landesvorsitzender des RCDS

Scheiben-Doktor

Ihr Auto-Glas-Profi

- Windschutzscheiben-Reparatur
- Windschutzscheiben-Austausch
- Autoglasveredelung durch Tönungsfolien
- Flachglasveredelung durch Tönungsfolien

Helle Straße 25 - 39112 Magdeburg
Tel. 0391/62 89 50

Wasserkunststr. 31-35 - 39124 Magdeburg
Tel. 0391/25 55 40

Internet: www.scheiben-doktor.de E-Mail: scheibendoktor-md1@t-online.de

Loyalität und Fleiß - Jürgen Scharf wird 50

Das politische Portrait

Was treibt einen nüchternen Mathematiker in die Politik? Was führt einen eher zaghaften gelernten DDR-Bürger in die ungeliebte Kaste der Politiker?

Beim Magdeburger Jürgen Scharf lässt sich dieser Schritt in die Unwägbarkeiten des politischen Geschäfts nur mit seinem christlichen Wertefundament erklären. Ein Christ, der sich schon zu DDR-Zeiten der Blockpartei CDU anschließt, um wenigstens ein vorsichtiges Zeichen der Distanz zum SED-Staat zu setzen.

Ein unaufgeregter, eher zierlicher Mann, der dann im Strudel der politischen Wende und mit Kohls "Allianz für Deutschland" in den Landtag gespült und damit förmlich in die politische Verantwortung geworfen wird.

Aus dem trockenen Mathemati-

ker soll nun über Nacht ein politischer Strategie und wendiger Fuchs werden? Doch diese Häutung braucht Zeit und die findet der Jungpolitiker in seiner Funktion als Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion an der Seite des Hallenser Fraktionschef Christoph Bergner.

Statt Leidenschaft und mediale Selbstinszenierung agiert Scharf als akribischer Organisator und Politmanager, durch sorgfältiges Austarieren und Zusammenführen widerstreitender Interessen mit Zähigkeit und Fleiß und übersteht damit alle Krisen und Brüche der Landes-CDU.

Diese Eigenschaften sind es schließlich, die Jürgen Scharf in der CDU Sachsen-Anhalt unentbehrlich und für den neuen Ministerpräsidenten Böhmer zu einer

zentralen Figur und einem geschätzten Weggefährten machen. Böhmer setzt ihn auf Platz 2 der Landesliste und sorgt für seine Wahl zum neuen Chef der deutlich erstarkten Landtagsfraktion.

Böhmer weiß, dass er sich auf die Loyalität seines Fraktionsvorsitzenden hundertprozentig verlassen kann. Das könnte entscheidend sein, wenn es darum geht, Sachsen-Anhalt aus der Sackgasse zu führen, in die es in 8 Jahren rot-roter Höppner-Regierung geraten ist.

Böhmer und Scharf sind aus dem selben Holz geschnitzt: Regieren aus der nüchternen Analyse der Dinge und angetrieben vom protestantischen Glauben. Jürgen Scharf ist der Jüngere von beiden. Ihm könnte deshalb die Schlüsselrolle für die



Zukunft der Christdemokraten in Sachsen-Anhalt zukommen.

Jürgen Scharf, der nebenbei auch Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises und der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft sowie Kreisvorsitzender der CDU Magdeburg ist, feiert am 15. September seinen 50. Geburtstag.

Wilfried Köhler

Jahnel AUTOVERMIETUNG
Mit uns fahren heißt sparen!

Das Super Spar Mobil



29,- Euro

3 Stunden inclusive 50 km und Versicherung

Lübecker Str. 85 b 39124 Magdeburg Tel: 0391/300 450
Röxer Str. 19 39576 Stendal Tel: 03931/311 611
Leipziger Str. 161 01139 Dresden Tel: 0351/894 15 10
G.-Schumann-Str. 335 04159 Leipzig Tel: 0341/4 67 22 10

harzdruckerei
wernigerode

BEEINDRUCKEN

max-planck-straße	12/14
38855 wernigerode	
fon	0 39 43/54 24 - 0
fax	0 39 43/54 24 - 99
mail	info@harzdruck.de
net	www.harzdruck.de

Die Tagungsinsel in Magdeburg



**Das TREFF Hansa Hotel
Magdeburg ist die ideale
Basis für Ihre Tagung**

- * Entspannender Komfort**
- * Vortreffliche
Kommunikation**
- * Erfrischende Gastlichkeit**
- * Wellnessbereich**

**Bitte informieren Sie sich tele-
fonisch oder an der Rezeption
über aktuelle Termine und
Veranstaltungen.**

TREFF Hansa Hotel Magdeburg

August: 10. Köstlichkeiten vom Grill auf unserer Seeparkterasse
24. Barbecue auf unserer Seeparkterasse
31. Candle Light Dinner / p.P. Euro 20,00 inkl. 1/5 l Wein

September: 01.- 29. Elsässer Küche - eine Aktion der Treff Hotels
28. Candle Light Dinner / p.P. Euro 20,00 inkl. 1/5 l Wein

Oktober: 01.- 14. Oktoberfest im Treff-Hotel, bayrische Wochen mit original Wiesenbier,
Laugenbrezel, deftigen Haxen und Weißwurst
26. Candle light Dinner / p.P. Euro 20,00 inkl. 1/5 l Wein

Ab 11.08.2002 wieder jeden Sonntag Tanztee für Junggebliebene mit einem Stück Kuchen und Kaffee soviel
Sie mögen für nur Euro 3,50.

Sollten Sie Fragen haben, zögern Sie bitte nicht sich mit uns in Verbindung zu setzen, wir stehen Ihnen jeder-
zeit gern zur Verfügung.



TREFF HOTELS im Internet unter <http://www.treff-hotels.de>

Hansapark 2 - 39116 Magdeburg - Telefon (0391) 6363-0 - Telefax (0391) 6363-550